

Pressemitteilung des Stadtelternbeirates Wiesbaden und der GEW Wiesbaden – Rheingau und zu den Anforderungen bzgl. der Verzahnung von Präsenz- und Distanzunterricht

Wiesbaden 04.06.2020

Seit Wochen kämpfen sich SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen durch die von COVID19 verursachte Krisensituation. Dabei werden Versäumnisse bei der Digitalisierung aber auch strukturelle Probleme im Bildungsbereich sichtbar.

Da über viele Monate mit einer Parallelität von Präsenzunterricht und außerschulischen Lernen zu rechnen ist, sehen wir es als unerlässlich an, dass dafür kurzfristig die technischen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wir müssen raus aus dem ‚Notfallmodus‘!

Eltern und LehrerInnen fordern ein umfassendes und nachhaltiges Konzept, das die unterschiedlichen Voraussetzungen der SchülerInnen und Lehrkräften mit einbezieht. Schulen brauchen einen verlässlichen Rahmen für ihr Handeln.

Die Kombination von Distanz- und Präsenzlernen, das sog. ‚**Blended Learning**‘, ist DIE große Herausforderung. Entscheidend ist eine sinnvoll geplante Verknüpfung beider Phasen durch die Bereitstellung von altersgerechten, bestenfalls fächerübergreifend Arbeitsaufträgen, Materialien und Lernarrangements.

Das veränderte Lehren und Lernen braucht einheitliche, verlässliche technische Tools und Methoden und – es will gelernt sein! Die Zeit bis zu den Sommerferien sollte genutzt werden, um die technischen Voraussetzungen zu schaffen, Lernumgebungen und Kommunikationsformen zu definieren sowie LehrerInnen und SchülerInnen in der Anwendung zu schulen. Dabei muss die Bereitstellung und die Wartung der (technischen) Ausstattung in der Hand der Schulträger und die Weiterbildung der Lehrkräfte bei HKM und den staatlichen Schulämtern liegen.

Es ist zu berücksichtigen, dass große Klassen für die Präsenzphasen aufgeteilt werden müssen, aber gleichzeitig das Homeschooling in hoher Qualität weiterlaufen muss. Immer wird es auch Kinder geben, die zur Risikogruppe gehören, aber gleichberechtigt beschult werden müssen. Dabei ist es wichtig, dass die SchülerInnen mindestens einmal pro Woche am Präsenzunterricht teilnehmen. Die Organisation solch verzahnter Abläufe erfordert Unterstützung der LehrerInnen und Schulleitungen. Damit die LehrerInnen nicht am ‚Blended Learning‘ ausbrennen, braucht es Kooperation in den Kollegien, eine gute Koordination seitens der Schulleitungen, aber auch gute Lernbibliotheken mit Lernmaterial angepasst an den hessischen Lehrplan.

Es ist erwiesen, dass SchülerInnen individuelles Feedback brauchen, Gelegenheit, Fragen zu stellen und Ermunterung von ihren LehrerInnen. Es geht darum, die direkte Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden auch außerhalb des Präsenzunterrichts aufrecht zu erhalten. Da reicht es nicht, dass LehrerInnen einmal pro Woche per E-Mail Arbeitsblätter an ihre SchülerInnen verschicken.

Videokonferenzen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen müssen zum Lernalltag dazugehören. Jedes Kind aller Altersklassen und Schulformen sollte Zugang dazu haben. Die notwendigen Voraussetzungen (z.B. E-Mail / Accounts für alle LehrerInnen und SchülerInnen, technische Geräte, Internetzugang) sind von den Schulämtern zu schaffen. Die Plattformen müssen für die eigenständige Nutzung durch die Kinder geeignet und der Menge der Kommunikation gewachsen sein und –selbstverständlich - die geltenden Datenschutzkriterien erfüllen. Eine wichtige Rolle kommt der Klassenleitung oder TutorIn zu. Diese koordiniert den Lernumfang und die Kommunikation zwischen Klasse und FachlehrerInnen, achtet darauf, dass alle erreicht werden und kümmert sich bei Problemen. Letztlich ist der Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin auch erste AnsprechpartnerIn für die Eltern.

Alle Berichte aus den Schulen zeigen, dass die ohnehin Benachteiligten häufig durch das ‚Lernen zu Hause‘ weiter abgehängt werden. Daher ist darüber nachzudenken, ob durch spezielle zusätzliche Lernangebote durch das HKM einer Verschärfung der Bildungsungerechtigkeit entgegengewirkt werden kann. Gerade für diese Schülergruppe ist die Schule eine wichtige Konstanz und Bezugspunkt. Daher geht es nicht nur um technische Ausstattung, sondern auch um soziales Miteinander, Kommunikation und Teilhabe.

Neben diesen schulorganisatorischen Aspekten müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wenn der Präsenzunterricht nicht in gewohnter Form stattfinden kann, brauchen Schülerinnen und Schüler einen schulrechtlichen Anspruch auf ein angeleitetes und strukturiertes Lernen im häuslichen Kontext. Nach viel Wiederholen und Vertiefen, der sog. ‚unterrichtsersetzenden Lernsituation‘, muss es auch wieder möglich sein, neuen Lehrstoff zu vermitteln und Klausuren und Prüfungen abzulegen. Gesetzliche Änderungen müssen jedoch mit LehrerInnen- und ElternvertreterInnen erarbeitet werden, um die Praxisrelevanz und die Akzeptanz sicher zu stellen.

Die Schulen benötigen für die Sicherstellung des Schulbetriebs unter diesen erschwerten Bedingungen die Unterstützung des Kultusministeriums, der Gesundheitsämter und der Schulträger. Hygieneaufwand, Splittung der Lerngruppen und kombinierte Präsenz- und Distanzlernphasen bedeuten einen erheblichen Organisations- und Personalaufwand für die Schulen.

Was fehlt, sind klare, praxisnahe Vorgaben des HKM und die Einbindung von Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und Schulleitungen in den Entscheidungsprozess. Dann kann die aktuelle Situation gemeistert und sogar etwas für die Zukunft der schulischen Bildung gewonnen und mitgenommen werden.

Anpacken! Es steht viel auf dem Spiel.

Sabine Fuchs-Hinze
Stadtelternbeirat Wiesbaden

Chris Hahn
Kreisverband GEW
Wiesbaden-Rheingau